

NZZ am Sonntag

WELTLITERATUR
 KLASSIKER KOMPAKT
 Vilfredo Pareto: «Manuale di Economia Politica»

Landesweite Offensive für die freie Wahl der Schule

Volksinitiativen in zehn Kantonen – Eltern sollen auch Privatschulen wählen können

Die Initianten wollen auf breiter Front vorgehen. Sie erhalten prominente Unterstützung von linken, aber auch von rechtsbürgerlichen Politikern.

Markus Häfliger

Künftig sollen die Eltern entscheiden, welches Schulhaus ihr Kind besucht oder ob es gar auf Staatskosten eine Privatschule frequentiert. Diese Forderung erheben Volksinitiativen, die in mindestens zehn Kantonen in Planung

sind. In Zürich soll nach der Sommerpause die Sammlung der Unterschriften beginnen. Auch in Solothurn, Luzern, St. Gallen und im Aargau kündigen Komitees noch für 2008 entsprechende Volksbegehren an.

Die Welle von Initiativen wird von der Elternlobby gesteuert. Dieser 2002 gegründete Verein begründet seine Forderung damit, dass Konkurrenz zwischen den Schulen die Wahlfreiheit der Eltern erhöhe und die pädagogische Qualität hebe. Der Staat soll den Besuch von Privatschulen finanzieren, sofern diese nicht teurer als staatliche

Schulen sind. Support findet das Anliegen bei Anhängern der Rudolf-Steiner- und Montessori-Schulen, aber auch bei liberalen Politikern, die für mehr Wettbewerb im Bildungssystem plädieren. Vor einer Woche haben sich die FDP-Delegierten mehrheitlich für die freie Schulwahl ausgesprochen – vorerst beschränkt auf staatliche Schulen.

Auch in der SP findet die Forderung neuerdings prominente Unterstützung. Nationalrätin Chantal Galladé hat kürzlich ein Plädoyer für die freie Schulwahl publiziert. Derzeit steht sie im Kontakt mit dem Zürcher Initiativ-

komitee, zu dem auch der Rechtsfreisinnige Filippo Leutenegger gehört.

Die Initiativ-Welle wurde mit intensivem Lobbying vorbereitet. «Wir verfolgen einen strategischen Plan», sagt Pia Amacher, die Präsidentin der Elternlobby. Man habe in den letzten Jahren fast alle Bildungspolitiker im National- und Ständerat sowie unzählige Kantonsparlamentarier kontaktiert. Zum nationalen Testfall wird Baselland: Dort wurde die Volksinitiative für freie Schulwahl bereits eingereicht.

► Seite 12